



Stellungnahme der Gesellschaft für Pflanzenzüchtung (GPZ) zum Koalitionsvertrag zwischen den niedersächsischen Landesverbänden der SPD und der Partei Bündnis 90/Die Grünen

Der Koalitionsvertrag zwischen den niedersächsischen Landesverbänden der SPD und der Partei Bündnis 90/Die Grünen enthält bemerkenswerte Aussagen zur Gentechnik, die in der Forderung nach einem „gentechnikfreien Niedersachsen“ münden. Schließlich soll das Projekt HannoverGEN beendet werden. Neben den sprachlichen Mängeln dieses Textes, die eine völlig gegensätzliche Interpretation zulassen, ist ein mangelndes Verständnis moderner lebenswissenschaftlicher Forschung sowie pflanzenzüchterischer Tätigkeiten offensichtlich. Es ist eine Tatsache, dass gentechnische/molekularbiologische Verfahren heute eine wesentliche Grundlage für die Erforschung der Natur und des Menschen darstellen. Dazu gehören natürlich auch unsere Kulturpflanzen, welche heute weltweit mit Hilfe molekularbiologischer Techniken züchterisch bearbeitet werden. Vermutlich zielen die Autoren und Autorinnen dieses Textes nur auf das Verbot des Einsatzes gentechnisch veränderter Nutzpflanzen ab. Derartige Pflanzen werden heute auf mehr als 12% der ackerbaulichen Nutzfläche der Erde angebaut. In Europa werden sie jedoch kaum und in Deutschland überhaupt nicht eingesetzt. Dagegen gelangen Millionen Tonnen Futtermittel und andere Produkte, die aus gentechnisch veränderten Nutzpflanzen stammen, nach Deutschland. Sie sind somit u.a. ein wesentlicher Bestandteil der Fütterung unserer Nutztiere. Die im Koalitionsvertrag erhobene Forderung nach einer Nulltoleranz entbehrt jeder wissenschaftlichen Grundlage und ist technisch undurchführbar, will man nicht zu absurden bürokratischen Maßnahmen greifen. Außerdem stellt sie eine Bedrohung unserer mittelständisch geprägten Züchtungswirtschaft sowie der Züchtungsforschung dar. Die politisch verordnete Beendigung eines erfolgreichen Projektes zur Vermittlung von Kenntnissen moderner molekularbiologischer Forschung (HannoverGEN) ist ein schlimmes Signal. Offensichtlich soll verhindert werden, dass (junge) Menschen sich einen Eindruck von dieser Technologie verschaffen können. Ein derartiges Projekt ist aber nicht zuletzt angesichts der oft mangelhaften Ausstattung der Schulen wichtig. HannoverGEN vermittelt auch vertiefte Eindrücke in moderne Züchtungsverfahren. Die Erzeugung von gentechnisch veränderten Nutzpflanzen ist dabei nur ein Aspekt unter vielen. Es bleibt zu hoffen, dass die Regierungsparteien nicht alle Türen zu einer der wichtigsten Zukunftstechnologien verschließen wollen und auch in Niedersachsen eine sachorientierte, auf wissenschaftlichen Fakten basierende und ergebnisoffene Diskussion möglich sein kann.

Kiel, den 18.02.2013

Prof. Dr. Christian Jung
(Präsident der Gesellschaft für Pflanzenzüchtung)